

Gewerkschaften müssen die volle Kampfkraft gegen das Sparpaket, die Gesundheitsreform, Deregulierung, Privatisierung und Umverteilung von unten nach oben einsetzen. Eine bundesweite Großdemo in Berlin wie am 15. Juni 1996, als 350.000 in Bonn auf die Straße gingen, muß der erste bundesweiter Streiktag in Betrieben, Schulen und Unis sein. Kämpft mit uns dafür, unterstützt uns, macht mit bei uns.

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz-, Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein.

Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die Sozialistische Alternative mit sozialistischen Parteien und Organisationen aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen.

Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft, in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Alle gemeinsam

Gegen

unsoziale

Politik

★ **Stoppt Sparpaket, Gesundheitsreform, Privatisierung und Deregulierung**

★ **Für eine bundesweite Großdemonstration aller Betroffenen, organisiert von den Gewerkschaften**

★ **Voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft bis hin zum Streik**

Neue Arbeiterpartei aufbauen

Anrufen, Informieren, Mitmachen: Tel. (02 21) 13 45 04, Fax (02 21) 13 72 80

SAV

Sozialistische Alternative

Werde Mitglied der **SAV**
Abonniere die **VORAN** Zeitung der SAV

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Ich möchte die VORAN abonnieren (Zehn Ausgaben für 25)

Name, Adresse, Telefon

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln

Rot-grüner Wahlbetrug – einige Beispiele Versprechen

Lehrstellen

„Kein Jugendlicher darf von der Schule in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. (...) Die SPD-geführte Bundesregierung wird schon im kommenden Jahr dafür sorgen, daß jeder Jugendliche die Chance auf einen qualifizierten Arbeitsplatz erhält.“ (SPD-Wahlprogramm)

Sozialleistungen

„Eine moderne Gesellschaft braucht einen funktionsfähigen Sozialstaat ... Immer mehr Menschen in der Bundesrepublik sind arm. Um Armut wirkungsvoll bekämpfen zu können, wird die SPD-geführte Bundesregierung dem Bundestag einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen.“ (SPD-Wahlprogramm)

Energiepolitik

„Die neue Bundesregierung wird eine zukunftsichere, umweltverträgliche und kostengerechte Energieversorgung sicherstellen. Erneuerbare Energien, und Energieeinsparungen haben dabei Vorrang (...). Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wird innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unannehmbar gesetzlich geregelt.“ (Koalitionsvertrag)

Steuern

„Im Sinne eines gerechten Lastenausgleichs werden wir dafür sorgen, daß auch die sehr hohen Privatvermögen wieder einen gerechten Beitrag leisten, um Bildung und andere öffentliche Dienstleistungen finanzieren zu können.“ (SPD-Wahlprogramm)

Bildung

„Unsere Leitidee heißt: Bildung für alle. Dazu gehört die volle Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung. Der Zugang zum Studium darf nicht von Geldbeutel der Eltern abhängen.“ (SPD-Wahlprogramm)

„Mit einer grundlegenden Reform der Ausbildungsförderung werden wir 1999 beginnen. In einem ersten Schritt werden wir Einschränkungen der 18. Befög-Novelle zurücknehmen und die Freibeträge weiter anheben.“ (Koalitionsvertrag)

Realität

Mit Beginn des Ausbildungsjahres 1999/2000 waren noch immer 216.000 Jugendliche ohne Lehrstelle. Die Kluft zwischen Bewerbungen und angebotenen Ausbildungsstellen war noch nie größer.

Über ein Drittel der für das Jahr 2000 geplanten Einsparungen von 30 Milliarden sollen von den Arbeitslosen aufgebracht werden. Die Erhöhung von Arbeitslosengeld und -hilfe bemittelt sich nur noch nach der offiziellen Inflationsrate. Die sogenannte „originäre“ Arbeitslosenhilfe an Wehrpflichtige, Zivis und Refendare, die noch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, wird abgeschafft. Sie müssen künftig bei Arbeitslosigkeit direkt zum Sozialamt

Der Ausstieg aus der Atomenergie wird auf den St-Nimmertags verschieben. Bald werden wieder der Castor-Transporte rollen. Die Liberalisierung des Strommarktes führt zur Schließung der umweltfreundlichsten kleineren Kraftwerke.

Eine private Vermögenssteuer wird nicht wieder eingeführt. Aber: „Der Steuersatz auf der Unternehmensebene beträgt ab 2001 einheitlich nur noch 25%. Für Kapitalgesellschaften bedeutet dies eine Tarifumlagerung um 15 Prozentpunkte. Für Einzelunternehmer und Mitunternehmer einer Personengesellschaft wird durch die Begünstigung des im Betrieb verbliebenen Gewinns ebenfalls eine Entlastung auf 25% erreicht ...“ (Zukunftsprgramm 2000).

Anstatt die Einschränkungen zurückzunehmen werden sie sogar noch verschärft. Die bereits unter Kohl beschlossene Befög-Erhöhung wird verschoben. Die Freibeträge werden nicht erhöht. Während 1991 noch 870.000 Schüler und Studenten Befög erhielten, waren es 1998 nur noch 529.000. Der Darlehensanteil bleibt und soll von einem Staatsdarlehen auf Bankdarlehen umgestellt werden. Das Hochschulsonderprogramm soll auslaufen.

Rot-grün macht da weiter, wo die Kohl-Regierung aufgehört hat. Den Reichen geben, der Mehrheit der Bevölkerung nehmen:

■ Das 30-Milliarden Sparpaket ist ein riesiges Umverteilungsprogramm zu Gunsten der Reichen.

■ Die Befög-Empfänger, Arbeitslosen und Rentner bezahlen die 8 Milliarden Steuerentlastung für die Unternehmer.

■ Ansatz die Staatskassen mit höheren Unternehmenssteuern und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer aufzufüllen, behauptet die Bundesregierung, es sei kein Geld mehr da für den sozialen Wohnungsbau und Bundeszuschüsse fürs Wohngeld.

■ Die Gesundheitsreform bedeutet den Verlust von hunderttausenden Stellen in den Krankenhäusern und medizinischen Berufen und Versorgungsnotstand für uns als Patienten. Die Superprofite der Pharmakonzerne und Spitzengehälter der Krankenhausmanager und Chefarzte bleiben unangestastet.

Die Abwahl der Kohl-Regierung vor einem Jahr war eine klare Absage an eine Politik für die Reichen. Für die Fortsetzung dieser Politik haben SPD und Grüne bei der Europawahl, den Landtags- und Kommunalwahlen ihre Quittung bekommen. Aber dadurch allein wird sich nichts ändern. Die Wählerinnen müssen sich jetzt auf ihre eigene Kampfkraft besinnen. In den ersten Monaten nach der Bundestagswahl haben uns die Unternehmer vorgemacht, wie man/frau eine Regierung unter Druck setzen und sogar einen Finanzminister stürzen kann. Die Opfer von Kohls und Schröders Politik für die Unternehmer müssen sich zusammenschließen und gemeinsam für ihre Interessen kämpfen. Dann sind sie mächtiger als die Unternehmer und ihre Regierungen. Zentral ist dabei der Widerstand in den Betrieben. Die abhängig Beschäftigten produzieren den gesellschaftlichen Reichtum. Und „alle Räder stehen still“ wenn ihr „starker Arm es will“. Die

Von wegen leere Staatskassen

Eichel sagt, die Kohl-Regierung hätte der rot-grünen Bundesregierung leere Staatskassen hinterlassen. Er sagt aber nicht für wen die Staatskassen geleert wurden:

für die Unternehmer, die damit an den Börsen zu spekulieren. Konzerne wie Daimler, Siemens und Allianz bezahlen kaum noch Steuern, kassieren aber staatliche Subventionen. Die

Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte sind die Rekordgewinne der Banken. Wäre der Anteil der Unternehmenssteuern am Gesamtsteueraufkommen

noch auf dem Niveau von 1980 wären 100 Milliarden mehr in den Staatskassen. Würde die rot-grüne Regierung die von der Kohl-Regierung abgeschaffte Vermögenssteuer und Gewerbesteuer wieder einführen, hätten Länder und Kommunen 16 Milliarden Mark mehr in den Kassen. Die Geldvermögensbesitzer entziehen dem Staat durch illegale Geldverschiebung ins Ausland jährlich 20 Milliarden Zinsabschlagssteuern. Die Banken leisten dabei aktive Beihilfe.